

Schlecht, Otto; Krupp, Hans-Juergen; Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Besteht Spielraum für eine aktivere Konjunktur- und Wachstumspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schlecht, Otto; Krupp, Hans-Juergen; Gutowski, Armin (1986) : Besteht Spielraum für eine aktivere Konjunktur- und Wachstumspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 11, pp. 539-548

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136215>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Besteht Spielraum für eine aktivere Konjunktur- und Wachstumspolitik?

Die Bundesregierung wird insbesondere von den Amerikanern in jüngster Zeit gedrängt, Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu ergreifen. Besteht für solch eine Politik Spielraum? Dr. Otto Schlecht, Professor Hans-Jürgen Krupp und Professor Armin Gutowski nehmen Stellung.

Otto Schlecht

Gegen kurzatmige konjunkturelle „Strohfeuerprogramme“

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld zeigt, daß der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland 1987 ins fünfte Jahr geht. Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten eine Fortsetzung des 3%igen Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr. Im Gegensatz zu früheren Aufschwungsperioden verläuft die wirtschaftliche Entwicklung bisher weitgehend spannungsfrei, d. h. ohne gravierende Kapazitätsengpässe in wichtigen Produktionsbereichen und ohne den früher in allen konjunkturellen Erholungsphasen zu beobachtenden Inflationsanstieg. Die Verlagerung der konjunkturellen Antriebskräfte vom Export auf die inländischen Nachfragekomponenten ist im Jahr 1986 vollzogen worden. Auch damit sind die Voraussetzungen günstig, daß sich der Wachstumsprozeß 1987 in ungebrochener Kraft fortsetzen wird. Die Weichen für einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung sind also gestellt.

Vor dem Hintergrund des schwächeren 1. Quartals 1986 gab es

Stimmen aus dem Ausland, die uns zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik drängen wollten. Die Forderungen bezogen sich auf eine zusätzliche staatliche Ankurbelung der Binnennachfrage, um so über den Wirkungsmechanismus „stärkere Binnennachfrage – vermehrte Importe“ auch die internationale Konjunktur stärker in Schwung zu bringen und einen Beitrag zum Abbau des US-Leistungsbilanzdefizits zu leisten. Die Bundesrepublik Deutschland sozusagen als Lokomotive der Weltwirtschaft. Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse, die Preisstabilität und erhebliche Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte böten Spielraum für expansive Maßnahmen.

Allein von der quantitativen Relation der deutschen Wirtschaft im Vergleich zur US-Wirtschaft wäre es eine Illusion gewesen zu glauben, daß das Wachstum der USA von uns nennenswert hätte beeinflußt werden können. Schließlich beziehen die USA nur knapp 6% ihrer Importe aus Deutschland und exportieren zu uns nur rund 4% ihrer Gesamtausfuhren. Der IWF hat zu Recht festgestellt, daß eine Wachstumsbeschleunigung in der Bundesrepublik Deutschland und Japan nur einen unwesentlichen Beitrag zur Anpassung der US-Leistungsbilanz leisten kann, daß in den USA vor allem Eigenanstrengungen gefordert sind. Gleichwohl besagt internationale Verantwortung, daß jeder nach den internen Erfordernissen einer wachstums- und stabilitätsgerechten Politik zu handeln hat und dadurch gleichzeitig dem internationalen wie dem nationalen Interesse dient. Ich glaube, wir tun dies.

Auch ausländische Beobachter sind inzwischen zunehmend zu der Überzeugung gelangt, daß eine forcierte expansive Politik in der Bundesrepublik Deutschland eher kontraproduktiv wäre; dies konnte ich bei einer kürzlichen USA-Reise feststellen.

In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation bedarf es keiner zusätzlichen expansiven Maßnahmen.

In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation bedarf es keiner zusätzlichen expansiven Maßnahmen.

men. Das Wirtschaftswachstum mit einer laufenden Jahresrate von 3 % und die deutliche Verlagerung der Auftriebskräfte auf die Binnennachfrage mit einer Steigerungsrate von rund 4 %, insbesondere beim privaten Verbrauch und den Investitionen, sind der Nachweis für einen soliden, binnenwirtschaftlichen Aufschwung. Auch in der Bauwirtschaft, lange Zeit ein Sorgenkind, geht es wieder aufwärts. Generell ist die Kapazitätsauslastung gut und begünstigt neue Investitionen. Eine Fortsetzung des kräftigen Aufwärtstrends bei der Binnennachfrage ist damit wahrscheinlich; auch 1987 rechne ich mit 4 %.

Damit sind die notwendigen Anpassungen im Außenhandelsbereich erfolgreich im Gange. Die zur Zeit noch hohen nominalen Leistungsbilanzüberschüsse haben ihre Ursache fast ausschließlich in den drastisch gesunkenen Einfuhrpreisen (Dollarkurs, Öl). In realer Rechnung, was lange Zeit übersehen wurde, gehen die Überschüsse deutlich zurück. Während in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 der Export gegenüber dem Vorjahr real lediglich um 1,5 % gestiegen ist, nahmen die Importe gleichzeitig um 6 1/2 % zu. Ohne die Preisveränderungen im Außenhandel wäre der Handelsbilanzüberschuß in den ersten neun Monaten dieses Jahres nicht um 30 Mrd. DM höher, sondern um rund 17 Mrd. DM niedriger gewesen als zur gleichen Vorjahreszeit. Inzwischen schlägt sich diese Entwicklung auch in den nominalen Größen nieder. Im September haben die Einfuhren gegenüber dem Vormonat wertmäßig um fast 5 % (saisonbereinigt) zugenommen, während die Ausfuhren um ca. 1 % gesunken sind. Dies ist auch bedingt durch unsere hohe Importelastizität, die wesentlich höher ist als zum Beispiel in Japan.

Der beachtliche Wachstumsprozeß in der Bundesrepublik Deutsch-

land wurde durch eine Politik der Konsolidierung, der Rückgewinnung der Preisstabilität und der Verbesserung der Wachstumsbedingungen erreicht. Es wäre widersinnig, diese Erfolge durch eine expansive Fiskalpolitik im Sinne neuer staatlicher Ausgabenprogramme, wie sie immer wieder die SPD fordert, aufs Spiel zu setzen. Notwendig ist dagegen eine weitere Verbesserung der Wachstumsbedingungen, insbesondere für eine anhaltende Investitionsdynamik. Mit der Steuersenkung, wie sie von der Bundesregierung für 1986 und 1988 durchgesetzt wurde, sind bereits erhebliche Impulse verbunden. Wichtig ist, daß diese Politik in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird mit einer umfassenden Steuerstrukturreform, die auch eine wesentliche steuerliche Nettoentlastung bringen soll.

Stärkung der Wachstumskräfte

Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, langfristig die

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Dr. Otto Schlecht, 60, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, 52, ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Armin Gutowski, 56, ist Präsident des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

dynamischen Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken. Eine solche Politik muß vor allem durch eine Besinnung auf marktwirtschaftliche Grundprinzipien gekennzeichnet sein. Damit werden Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit zu grundlegenden Leitgedanken der Wirtschaftspolitik. Sie ist deshalb für den privaten Sektor ein berechenbares, verlässliches Faktum. An dieser mittelfristigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sollten keine Abstriche durch kurzfristigen Aktionismus um kurzatmiger schneller Erfolge willen gemacht werden.

Auch bei der Beurteilung der Frage nach einer expansiven Geldpolitik ist inzwischen Besonnenheit zu vermerken. Nüchterne Beurteiler, auch jenseits des Atlantiks, waren sich ohnehin darüber im klaren, daß eine Diskontsenkung von einem halben Prozentpunkt in Deutschland – mehr stand ohnedies nicht zur Diskussion – die großen Ungleichgewichte im amerikanischen Budget und Außenhandel nicht gemindert hätte. Insofern hätte es sich hier allenfalls um einen symbolisch gemeinten Beitrag zur allgemeinen Verbesserung des Wirtschaftsklimas handeln können.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich auch durch die Geldpolitik getragen worden. Die Geldpolitik, die grundsätzlich auf stetiges, kontinuierliches und langfristig durchzuhaltendes Wachstum ausgerichtet ist, war in den letzten Monaten deutlich expansiv. Die Bundesbank hat das Überschießen der Geldmenge toleriert. Die Zentralbankgeldmenge ist über den Zielkorridor hinausgewachsen. Die Geldmenge M 1 ist in den letzten Monaten mit einer Jahresrate von fast 11 % gestiegen. Der Geldmantel ist damit weit geschnitten, und die Zinsen sind mit die niedrigsten der Welt. Das Risiko, daß im

Hinblick auf die Inflationsgefahren ein Mehr an geldpolitischer Expansion schädlich gewesen wäre, war nicht von der Hand zu weisen. Auch sollten nicht die Erfahrungen vergessen werden, daß expansive Geldpolitik keinesfalls mit einer Senkung des Kapitalmarktzinses einhergehen muß. Neue Inflationsgefahren sind kurzfristig bei uns zwar nicht in Sicht, allerdings darf nicht vernachlässigt werden, daß hier nach dem Abklingen der ölpreisbedingten Wirkungen Vorsicht angebracht ist.

Die Bundesbank unterstützt nachhaltig das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in anderen Ländern. Sie verbleibt dabei innerhalb der durch die Vermeidung neuer Inflationsgefahren gebotenen Grenzen. Ein nicht ausgenützter Spielraum für eine aktive Wachstumspolitik besteht – auch was die Geldpolitik angeht – nicht.

Unerledigte Aufgaben

Die genannten Gründe, auf eine expansivere Finanz- und Kreditpolitik zu verzichten, dürfen nicht als ein „Nein“ zu einer aktiven Wachstumspolitik mißverstanden werden. Im Gegenteil! Für eine weitere Verbesserung der von der Bundesregierung verfolgten mittelfristigen Wachstumsstrategie, die über mehr

Investitionen das Produktionspotential erhöhte und so mehr Arbeitsplätze schafft, gibt es trotz der beachtlichen erreichten Erfolge noch unerledigte Aufgaben. Diese Aufgaben umfassen neben der bereits erwähnten Finanz- und Steuerpolitik und der stabilitäts- und wachstumsgerechten Geldpolitik in erster Linie eine Politik zur Stärkung der Marktkräfte und des privaten Sektors. Was das letztere betrifft, ist von der Bundesregierung von Anfang an immer wieder betont worden, daß diese Aufgabe nicht in einer einzigen Legislaturperiode bewältigt werden kann.

Generell geht es darum, die bereits gute Konstitution der deutschen Wirtschaft und die Rahmenbedingungen für eine anhaltende Wirtschaftsdynamik noch weiter zu verbessern. Weitere Klarheit über die mittelfristige Strategie ist unabdingbare Voraussetzung für die Fortsetzung des Aufschwungs – wobei der wachstumsfördernde Beitrag, der bereits in einer klaren und überzeugenden wirtschaftspolitischen Konzeption liegt, nicht unterschätzt werden sollte. Vor diesem Hintergrund teile ich nicht die von den Instituten und einigen ausländischen Beobachtern geteilte Sorge, der Aufschwung könne im Verlauf des nächsten Jahres abflachen. Die weitere Wirtschaftsentwicklung, vor allem von der außenwirtschaftli-

chen Flanke her, wird aber selbstverständlich im Auge behalten. Das Ablehnen eines konjunkturellen „fine tuning“ schließt flexibles Handeln (z. B. im steuerlichen Bereich) im Rahmen einer klaren und glaubwürdigen mittel- und langfristig orientierten Strategie nicht aus.

Als wirtschaftspolitische Daueraufgaben im Rahmen dieser Strategie sind der Abbau von überflüssigen Regulierungen sowie die Stärkung des Wettbewerbs anzusehen. Mehr Wettbewerb schafft neue Märkte, neue Dynamik und Innovationen und am Ende mehr Wachstum. Dies gilt auch im Hinblick auf eine weitere Öffnung unserer Märkte nach außen und auf die Verwirklichung des EG-Binnenmarkts.

In Genf wie in Brüssel setzt sich die Bundesregierung für baldige Fortschritte ein, weil auch so langfristig mehr Wachstum für alle erreichbar ist.

Mehr Wettbewerb

Wichtig ist auch mehr Wettbewerb und Deregulierung auf bisher noch regulierten Märkten. Auf dem dynamischen Sektor der Telekommunikation ist möglichst viel private Konkurrenz bei Dienstleistungen und Endgeräten anzustreben. Für den Verkehrsbereich ist man in der EG bereits grundsätzlich übereingekommen, den Verkehrsmarkt für

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Edward Böhm

WECHSELKURSPOLITIK IN DER PLANWIRTSCHAFT

– Möglichkeiten und Grenzen aus der Sicht ungarischer und polnischer Erfahrungen –

Großoktav, 139 Seiten, 1986, brosch. DM 42,-

ISBN 3-87895-301-1

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

den gemeinschaftsweiten Wettbewerb zu öffnen. Hier hat die Bundesregierung zum Teil weitergehende Regulierungen aufzuweisen als andere EG-Länder.

Der Wettbewerb könnte aber auch in vielen anderen Sektoren noch intensiver sein, so z. B. bei den Versicherungen, im Gesundheitswesen sowie in vielen Bereichen der öffentlichen Hand. Auch die von der Bundesregierung eingeleitete Privatisierung ist mit Energie weiterzutreiben. Hier ist es politisch von Bedeutung, daß die vom Bund verfolgte Politik auch von den Ländern unterstützt wird.

Deregulierung und Flexibilisierung sind aber nicht allein Aufgaben

des Bundes und der Länder. Auch die Tarifpartner stehen, was die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes betrifft, in der Verantwortung. Darüber hinaus muß die allgemeine Lohnpolitik ihre Rolle zur weiteren Revitalisierung der Wirtschaft und beim Abbau der Arbeitslosigkeit übernehmen. Die Stabilität des Preisniveaus kann nur bei langfristig stabilen Lohnstückkosten gewährleistet werden. In dieser Hinsicht sind die Abschlüsse dieses Jahres und die damit verbundene hohe Steigerung der Reallöhne wegen der außerordentlichen Terms-of-Trade-Gewinne vertretbar. Allen Beteiligten sollte aber klar sein, daß der Verteilungsspielraum im nächsten Jahr deutlich kleiner sein wird.

Schließlich steht die Aufgabe einer Strukturreform der sozialen Renten- und Krankenversicherung an, nicht nur um die Finanzierung langfristig zu sichern, sondern auch um die gewaltig gestiegenen Lohnnebenkosten einzudämmen.

Meine Antwort auf die gestellte Frage lautet also zusammengefaßt: Ja, wenn unter aktiver Wachstumpolitik eine kontinuierliche mittel- bis langfristige Politik zur Stärkung der Marktkräfte verstanden wird; dieses „Ja“ schließt ein notfalls erforderliches, flexibles konjunkturelles Timing nicht aus. Nein, wenn kontraproduktive, kurzatmige konjunkturelle Strohfeuerprogramme intendiert sein sollten.

Hans-Jürgen Krupp

Eine aktivere Wachstumpolitik ist möglich und notwendig

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich seit 1982 auf einem Wachstumspfad, der im Vergleich zu der davor liegenden Rezession zu befriedigen vermag, der aber insgesamt auf zu niedrigem Niveau verläuft, um die Arbeitslosigkeit in dem notwendigen Umfang zu vermindern. Dazu kommt, daß die bisherige Aufwärtsentwicklung zu einem wesentlichen Teil durch von außen kommende Impulse getragen wurde, bei deren Wegfall Sorge über den weiteren Verlauf der Entwicklung berechtigt ist. Nach der von der Gemeinschaftsdiagnose vorgelegten Prognose wird zwar die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate im Jahre 1987 so wie im Jahre 1986 bei etwa 3 % liegen. Das Jahr 1986 hatte aber einen so unregelmäßigen Wachstumsverlauf, daß Ende 1986 mindestens 1½ % Überhang bestehen dürften, das heißt die Hälfte der jahresdurch-

schnittlichen Wachstumsrate des Jahres 1987 muß noch der Entwicklung im Jahr 1986 zugerechnet werden. Die Verlaufsrate im Jahre 1987 wird deutlich niedriger sein, als es die prognostizierte jahresdurchschnittliche Wachstumsrate anzeigt. Es ist nicht auszuschließen, daß es im Verlauf des Jahres 1987 oder 1988 zu einer rezessiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft kommt, insbesondere wenn sich die Entwicklung in den USA weiter abschwächt und die Weltwirtschaft langsamer wächst als in den letzten Jahren.

Vor diesem Hintergrund wird die Frage diskutiert, ob nicht höhere Wachstumsraten möglich wären. Die Erfahrung in den Vereinigten Staaten zeigt, daß dies möglich ist. Immerhin haben es die Vereinigten Staaten im Jahre 1984 auf 7 % reales Wachstum gebracht. In der inzwischen eingetretenen Abschwä-

chungsphase liegt das Wachstum immer noch in der Größenordnung, die in Europa in der Erholungsphase verzeichnet wird. Würde es den USA gelingen, was allerdings nicht sicher ist, im Jahre 1987, das nach Meinung vieler Beobachter als Rezessionsjahr einzustufen ist, ein Wachstum in der Größenordnung von 2½ % zu erbringen, würde sich erneut die Frage stellen, warum in der Bundesrepublik Deutschland die Wachstumsentwicklung insgesamt so viel schwächer ist.

Die Erklärung dieser Wachstumsdifferenz ist strittig. Gesamtwirtschaftlich sind in den USA sowohl die Fiskal- als auch die Geldpolitik deutlich expansiver gewesen als in der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik ist daher die Frage zu diskutieren, ob nicht inzwischen auch Spielraum für eine expansivere Finanz- und Geldpolitik besteht, ob man sich wirklich mit ei-

ner Wachstumsrate von 2,5% im Aufschwung des Konjunkturzyklus zufriedengeben muß.

Einwände

Die wichtigsten Einwände gegen eine aktive Wachstumspolitik sollen im folgenden kurz diskutiert werden:

Einmal wird darauf verwiesen, daß mehr wirtschaftliches Wachstum unter volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kriterien eher schädlich sei. Man solle daher ganz zufrieden sein, wenn die Wachstumsentwicklung so verhalten sei. Die Berechtigung dieses Arguments hängt freilich von der Art des Wachstums ab. Betrachtet man die Erfahrung in anderen Industrieländern, aber auch die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigt sich, daß das Wachstum in erster Linie bei den Diensten erfolgt und damit relativ wenig Ressourcen in Anspruch nimmt. Soweit zusätzliche Dienstleistungen im Humansektor, wie in Bildung, Fort- und Weiterbildung, Gesundheit, angeboten werden, ist zusätzliches Wachstum zugleich wohlfahrtsmehrend. Soweit Wachstum auf Investitionen zur Verbesserung der Umwelt zurückgeht, sollte man jedenfalls nicht mit ökologischen Gründen gegen ein derartiges Wachstum argumentieren. Es kommt nicht nur auf die Quantität des Wachstums an, sondern auch auf seine Qualität. Hierbei handelt es sich übrigens nicht nur um die Frage, wieweit staatliche Politik zu einer Verbesserung der Wachstumsqualität beiträgt. Auch die Entwicklung der privaten Nachfrage richtet sich in höherem Umfang als in der Vergangenheit auf Dienste, so daß auch von dieser Seite mit einer Entwicklung zu rechnen ist, bei der ökonomisches Wachstum nicht mit einer größeren ökologischen Belastung verbunden ist.

Der zweite Einwand gegen mehr Wachstum geht von der vermeintlichen Begrenztheit unseres Produktionspotentials aus. Zweifellos hat der Rückgang der Investitionstätigkeit Anfang der achtziger Jahre zu einer Abschwächung des Potentialwachstums geführt. Der inzwischen zu verzeichnende stärkere Anstieg der privaten Investitionen setzt sich aber nur langsam in ein Wachstum des Produktionspotentials um.

Gegenläufige Tendenzen

So wichtig Berechnungen des Produktionspotentials für die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft sind, so sehr ist es notwendig, den Charakter dieser Rechnungen richtig einzuschätzen. Jede Potentialermittlung beruht auf einer ganzen Anzahl von Annahmen, die empirisch bestenfalls auf groben Schätzungen für grobe Aggregate beruhen. Wichtig sind insbesondere die Annahmen über die Lebensdauer von Anlagen und die Annahmen über den Kapitalkoeffizienten neuer Investitionen. Bei der Lebensdauer haben wir zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten. Auf der einen Seite verlängert sich die Nutzung von Betriebsgebäuden, wobei es allerdings häufig zu einer Umwidmung kommt. Auf der anderen Seite veralten technische Ausrüstungen schneller als in der Vergangenheit. Der technische Fortschritt hat sich in den letzten Jahren unter dem Einfluß der Mikroelektronik deutlich beschleunigt. Partiiell sind freilich auch Umrüstungen bestehender Anlagen möglich.

Auch beim Kapitalkoeffizienten gibt es gegenläufige Entwicklungen. Investitionen zur Verbesserung der Umwelt, zum Beispiel Luftreinigungsinvestitionen bei Kraftwerken, vergrößern den Kapitalkoeffizienten. Der Ausstoß pro Kapitaleinheit sinkt. Von der Mikroelektro-

nik wiederum geht ein entgegengesetzter Einfluß aus. Der technische Fortschritt ist nun nicht nur arbeits-, sondern auch kapitalsparend. Zwei kleine Chips übernehmen die Funktion, die früher ganze Schaltschränke hatten. Insbesondere im Bereich der Steuerungs- und Regelungsaggregate sinkt der für eine Output-Einheit erforderliche Investitionsbedarf drastisch.

Eine Trennung dieser beiden Effekte ist kaum möglich. Dennoch zeigt die Potentialrechnung des DIW, daß in den letzten Jahren in den meisten Wirtschaftszweigen der Investitionsbedarf zur Ausweitung des Produktionspotentials deutlich schwächer gestiegen ist. Zum Teil nimmt die Kapitalproduktivität zusätzlicher Investitionen sogar wieder zu. Dies weist darauf hin, daß der zweite Effekt dominiert.

Zu dieser Trendänderung kommt hinzu, daß in Zeiten zunehmender Kapazitätsauslastung die Investitionen verstärkt der Erweiterung dienen und das Rationalisierungsmotiv an Bedeutung verliert. Hierdurch werden gerade in diesen Zeiten die Auslastungsgrenzen nach oben verschoben und gleichzeitig neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Dazu kommt, daß auch in diesem Bereich der Strukturwandel eine wesentliche Rolle spielt. Je mehr der Strukturwandel zu den Diensten vorankommt, desto flexibler wird der Zusammenhang zwischen Kapitaleinsatz und Produktionsergebnis. Eine absolute Grenze für die Ausweitung der Produktion ist daher in diesen Bereichen nur schwer angebbbar.

Gegen die These vom vermeintlich fehlenden Produktionspotential spricht auch die empirische Erfahrung. Bei relativ niedrigen Wachstumsraten ist es immer möglich gewesen, auch bestimmte „Überlastungen“ des Produktionspotentials kurzfristig zu erreichen.

Der dritte Einwand gegen ein stärkeres Wachstum hängt mit dem eben Genannten zusammen, wird aber heute häufig unabhängig hiervon diskutiert. Die Befürchtung ist, daß eine aktive Wachstumspolitik nicht zu mehr realem Wachstum, sondern nur zu mehr Inflation führen würde.

Das Inflationsproblem

Nun ist die Inflationsgefahr sicher ernst zu nehmen. Wir wissen, daß die allokativen Verzerrungen, die auf Inflation zurückgehen, den Wachstumsprozeß so nennenswert behindern, daß die Hoffnung, man könne durch mehr Inflation mehr Beschäftigung schaffen, nicht berechtigt ist. Am Ende entsteht eine Stagflation, die niemandem nützt.

Aber auch wenn man das Inflationsproblem sehr ernst nimmt, enthebt dies nicht der Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie groß die Gefahr einer erneuten inflationären Tendenz wirklich ist. Außenwirtschaftlich wird die Bundesrepublik Deutschland zwar nicht mehr mit den Preissenkungen rechnen können, die über Rohstoffverbilligung und Wechselkursänderung im Jahr 1986 bestimmend waren. Umgekehrt ist aber nicht zu sehen, warum von der Außenwirtschaft her Inflationsimpulse wahrscheinlich sein sollten. Der Dollarkurs wird mittelfristig eher nachgeben als wieder ansteigen. Die Rohstoffpreise werden bei verhaltener wirtschaftlicher Entwicklung eher stagnieren als kräftige Aufwärtssprünge machen. Außenwirtschaftlich ist also mit zusätzlichem Inflationsdruck nicht zu rechnen.

Binnenwirtschaftlich ist bei verhaltener Nachfrageentwicklung, die die nächsten Jahre prägen dürfte, nicht zu sehen, woher Preiserhöhungen größeren Umfangs kommen sollen. Die Lohnpolitik wird wahrscheinlich den Anschluß an die

nominalen Lohnerhöhungsraten des Jahres 1986 finden. Real wird dies weniger bedeuten, da die Preisentlastungseffekte aus dem Ausland 1987 weitgehend wegfallen. Die reale Lohnerhöhung wird im Zweifel etwa dem Produktivitätswachstum entsprechen, so daß sich von dieser Seite kein zusätzlicher Kostendruck ergibt. Strukturell mag es gewisse Branchen geben, die mit Blick auf ihre Ertragslage meinen, einen Preiserhöhungsbedarf zu haben. Es sei an die so argumentierende Bauwirtschaft erinnert. Zunächst ist fraglich, ob dieser im Einzelfall durchsetzbar ist. Darüber hinaus haben wir seit längerer Zeit die Erfahrung gemacht, daß derartige Änderungen der sektoralen Preisstruktur sich in einem gewissen Inflationssockel niederschlagen, der mit 1½ % für das nächste Jahr angemessen eingeschätzt sein dürfte.

Vor diesem Hintergrund verbindet sich die Frage, ob von einer aktiven Wachstumspolitik eine Inflationsgefahr ausgeht, mit der eben diskutierten Problematik der Ausschöpfung des Produktionspotentials. Hat die deutsche Volkswirtschaft noch Produktionsmöglichkeiten, so wird eine aktive Wachstumspolitik das Realwachstum beschleunigen, anstatt zusätzliche Inflation hervorzurufen.

Die aktuelle Situation

Nun ist die hier vorgetragene Betrachtungsweise eher unkonventionell. Heute ist es modisch geworden, die Frage möglicher inflationärer Entwicklungen an der Entwicklung der Geldmenge festzumachen. Dabei wird darauf verwiesen, daß sich die Geldmenge doch sehr viel stärker als geplant ausgeweitet habe. Dies ist richtig. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, ob diese zusätzliche Ausweitung nun zu mehr Inflation oder mehr realem Wachstum führen wird. In einer Volkswirtschaft, die eine lange Peri-

ode schwacher Investitionsentwicklung hinter sich hat, bestände zunächst ein erheblicher Nachholbedarf. Die stärkere Entwicklung der Geldmenge könnte dann zu vermehrten Investitionen genutzt werden. In mittelfristiger Betrachtung wäre darüber hinaus zu klären, ob nicht gerade eine überplanmäßige Zunahme des Geldmantels, vermittelt über Zinssenkungen, auch zu stärkerem realen Wachstum führen kann.

Die aktuelle Situation ist schließlich durch eine ganze Anzahl von Sonderfaktoren geprägt, so daß man sich davor hüten sollte, den zur Zeit beobachtbaren Überhang zu stark zu gewichten. Einmal hat die Veränderung des Dollarkurses die D-Mark als Reserve- und Anlagewährung attraktiver gemacht. Es wäre zu klären, ob hierdurch nicht auch die Entwicklung der Geldmenge beeinflusst worden ist. Zum anderen ist ein Teil der Geldmengenexpansion auf eine Vergrößerung des Bargeldumlaufs zurückzuführen. Hier ist sehr fraglich, ob diese zusätzlichen Bargeldbestände sich wirklich im Umlauf befinden. Die hier vorliegenden Zusammenhänge sind jedenfalls noch nicht abschließend geklärt. Schließlich gibt es Indikatoren, die eher für eine zu enge Geldversorgung sprechen. Der Realzins am langen Ende des Kapitalmarkts ist nach wie vor hoch. Dies gilt auch, wenn man – zu Recht – die mittelfristig zu erwartende Inflationsrate mit in Rechnung stellt.

Es ist sicher richtig, daß die Geldpolitik keinen unmittelbaren Einfluß auf die Zinssätze am langen Ende des Kapitalmarkts hat. Die These, daß die Geldpolitik auch mittelbar ohne Einfluß auf diesen Teil des Marktes sei, ist aber genauso wenig haltbar. In der gegenwärtigen Situation jedenfalls, in der kaum mit einer erneuten Inflation zu rechnen ist,

könnte eine expansivere Geldpolitik verhindern, daß es am langen Ende wieder zu Zinssteigerungen kommt, die nun sicher nicht in die konjunkturelle Landschaft passen.

Schaffung eines Wachstumsklimas

Faßt man diese wenigen, nur kurz skizzierten Überlegungen zusammen, gibt es wenig überzeugende Einwände gegen eine aktive Wachstumspolitik. Es stellt sich die Frage, wie diese auszusehen hätte, um die deutsche Volkswirtschaft auf einen Wachstumskurs zu heben, der vielleicht über den Zyklus hinweg bei 3% liegen könnte. In den Aufschwungsphasen wären dann allerdings mindestens 4% notwendig. Abschließend soll dies kurz skizziert werden.

Zunächst gilt, daß Stetigkeit und Verlässlichkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik mehr denn je von Bedeutung sind. Nicht kurzfristige Aktionen sind notwendig, sondern eine stetige und verlässliche Politik. Dies gilt sowohl für die Geldpolitik als auch für die Finanzpolitik.

Die Geldpolitik sollte den Mut haben, eine auf höheres Wachstum gerichtete höhere Zielvorgabe zu machen. Dies erspart ihr nicht nur

Diskussionen über Zielüberschreitungen, sondern kann auch die Basis für ein stärkeres reales Wachstum sein. Dabei sollte man nicht nur die Geldmenge im Auge behalten, sondern auch die Frage stellen, inwieweit die sich hieraus ergebende Zinsentwicklung in die konjunkturelle Landschaft paßt.

Die Finanzpolitik sollte das Wachstum ihres Ausgabenstroms von einem ausreichend hohen Niveau aus verstetigen. Sie sollte diesen Ausgabenstrom auch dann durchhalten, wenn es zu Schwankungen in ihren Einnahmen kommt. Eine bessere Entwicklung muß zur Konsolidierung genutzt werden, bei einer schlechteren Entwicklung sind übergangsweise Kreditaufnahmen hinzunehmen. Im Interesse der Stetigkeit sollte man auf kurzfristig orientierte Konjunkturprogramme, die ohnehin selten zur richtigen Zeit kommen und häufig sowieso nur durch Einsparmaßnahmen an anderer Stelle kompensiert werden, verzichten. Insbesondere die öffentlichen Investitionen sollten verstetigt werden. Investitionsbedarf ist noch an vielen Stellen vorhanden; man muß hierbei nicht nur über den Umweltbereich reden. Inzwischen ist zum Beispiel der Erneuerungsbedarf bei Verkehrswe-

gen erheblich gestiegen. Die Aufgaben der Stadtsanierung erfordern erhebliche Mittel. Die Infrastruktur im Nachrichtensektor ist unzureichend und die Aufgabe der Weiterqualifizierung, der Fort- und Weiterbildung zu langsam in Angriff genommen worden. Dies ist freilich keine rein staatliche Aufgabe. Unabhängig hiervon wäre es sicher vernünftig, die für 1988 geplante Steuerreform auf 1987 vorzuziehen.

Eine aktive Wachstumspolitik sollte freilich nicht primär eine Politik staatlicher Interventionen oder staatlicher Maßnahmen sein. Worauf es ankommt ist, ein Wachstumsklima in der deutschen Volkswirtschaft zu schaffen, das dazu führt, daß wir wieder etwas bekommen, was man als selbsttragende Entwicklung bezeichnen kann. Dies bedeutet dann auch, daß der Strukturwandel besser vorankommt, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Zu den wichtigsten Begleiterscheinungen eines zu schwachen Wachstums gehört nämlich, daß der Strukturwandel gehemmt wird und damit die Voraussetzungen für eine mittelfristig immer wieder notwendige Erneuerung der Volkswirtschaft nicht geschaffen werden. Eine aktive Wachstumspolitik ist möglich und notwendig.

Armin Gutowski

Das brachliegende Arbeitspotential mobilisieren

Jenseits aller politischen Taktiken streiten sich auch Ökonomen darüber, was in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik am besten zu tun sei angesichts der bedrückenden Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit noch nach vierjährigem Aufschwung hartnäckig hoch, wenn nun auch langsam rückläufig ist. Dieser Disput findet

nicht nur zwischen den „Schulen“ keynesianischer und angebotsorientierter Prägung statt; auch Wissenschaftler, die sich nicht derart einordnen lassen, vertreten hier unterschiedliche Auffassungen. Die Diskussion ist oftmals verwirrend und oft auch verworren.

Zunächst einmal: Was heißt überhaupt Spielraum für konjunkturpoli-

tische Maßnahmen? Herkömmlich wird darunter der Abstand zwischen tatsächlichem und erzielbarem Sozialprodukt verstanden, denn Konjunkturbewegungen sind nichts anderes als Schwankungen in der Auslastung des Produktionspotentials. Bevor man sich über die wirtschaftspolitische Nutzung solcher Spielräume unterhält, muß man dar-

über einig sein, daß diese überhaupt existieren, und wenn ja, ob sie auch nutzbar sind.

Nicht umstritten ist die ex post vom Statistischen Bundesamt festgestellte Höhe des Bruttosozialprodukts sowie dessen nominale und reale Zunahme in der Vergangenheit. Kaum umstritten ist gegenwärtig die Prognose, also die voraussichtliche Zunahme des Sozialprodukts im laufenden und auch im nächsten Jahr (nämlich jeweils um die drei Prozent mit leichter Abflachung im späteren Verlauf des nächsten Jahres), wenn auch die Risiken, daß es anders kommt, unterschiedlich eingeschätzt werden mögen.

Kontrovers sind dagegen die Ansichten über die Höhe des Produktionspotentials, also dessen, was bei voller Auslastung tatsächlich produziert werden könnte. Rein mechanisch gesehen wird dieses Potential bei gegebenem Stand der Technik begrenzt durch die Anzahl und Qualifikation der vorhandenen Arbeitskräfte (Erwerbstätige plus Arbeitslose plus jene, die zwar weder erwerbstätig noch als arbeitslos gemeldet sind, aber unter bestimmten Bedingungen zu arbeiten bereit wären), durch die vorhandenen Sachkapazitäten (den Kapitalstock) sowie durch die Möglichkeit, diese Kapazitäten im Laufe des Betrachtungszeitraums durch Investitionen aus eigener Produktion und mit Investitionsgüterimporten zu vergrößern.

Es nimmt nicht wunder, daß gerade die Amerikaner, die uns über fast zwei Jahrzehnte einen bemerkenswerten kräftigen Anstieg ihrer Beschäftigung vorexerziert haben, mit Blick auf unsere hohen und trotz Wachstum hartnäckig hoch bleibenden Arbeitslosenzahlen es für selbstverständlich halten, daß wir unser Produktionspotential bei weitem nicht ausschöpfen. Sie fragen uns, warum wir den Spielraum, den sie als gegeben unterstellen, nicht zu unserem eigenen Vorteil nutzen, zumal hier – anders als in den USA – kein außenwirtschaftliches Dilemma besteht; stärker zunehmende Importe bei kräftigerem Wachstum des realen Sozialprodukts würden schließlich nur unsere überdimensionalen Leistungsbilanzüberschüsse reduzieren – zum guten Zwecke für uns (mehr Güter und Dienste im eigenen Lande) und zum Nutzen der Welt (mehr Nachfrage aus der Bundesrepublik).

Hindernisse

Diese Analyse unserer tatsächlichen Situation ist ebenso einfach und plausibel wie falsch, wenn unter Konjunkturpolitik, wie üblich, makroökonomische Nachfragesteuerung, im konkreten Fall also expansive Geld- und/oder Finanzpolitik verstanden wird. Denn der Einsatz dieser Mittel ist nur dann angebracht, wenn er auch zur Besetzung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen würde. Dem stehen jedoch nach wie vor viele Hindernisse entgegen.

Zum einen verhindern zahlreiche gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen wie zum Beispiel das Ladenschlußgesetz oder die Einengung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers auf bestimmte Stunden am Tage oder bestimmte Tage in der Woche (nicht Samstag und Sonntag) die bessere Auslastung der vorhandenen Sachkapazitäten und verteuern somit den Kapitaleinsatz. Zum anderen paßt die Struktur des Angebots von Arbeitskräften nicht zur Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften; das gilt in fachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht: Facharbeiter werden von Unternehmen, insbesondere im Süden der Republik, händeringend gesucht. Regional gibt es zwar arbeitslose Facharbeiter, und in Betrieben, die eigentlich schrumpfen oder gar schließen sollten, aber durch Subventionen oder wegen bestehenden Kündigungsschutzes (drohender Sozialplan) mühsam am Leben gehalten werden, sind häufig hoch qualifizierte Facharbeiter gebunden, die anderwärts dringend gebraucht werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Armin Gutowski, Manfred Holthus, Dietrich Kepschull (Hrsg.)

INDEBTEDNESS AND GROWTH IN DEVELOPING COUNTRIES

Großoktav, 344 Seiten, 1986, brosch. DM 49,-

ISBN 3-87895-300-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Viele Arbeitslose, nicht nur Facharbeiter, sind aber kaum bereit, dorthin umzusiedeln, wo sie Arbeit finden. Andere, insbesondere auch Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, wollen nur zu Zeiten arbeiten, zu denen die verfügbaren Arbeitsplätze besetzt sind. Die Neigung, den Beruf zu wechseln, andere Qualifikationen zu erwerben, Arbeiten zu verrichten, die nicht der Ausbildung entsprechen, ist gering. Dies alles sind Phänomene, die mit einer allgemeinen Nachfrageankurbelung nicht aus der Welt geschafft werden können und die das ökonomisch relevante Produktionspotential gegenüber dem technisch erreichbaren einschränken.

Widerstände gegen Mobilität

Wer die Ursachen dieser Erscheinungen kennt – und das ist bei unseren Kritikern oft nicht der Fall –, wird unschwer einsehen, daß sich Probleme solcher Art nicht über den Markt lösen, also über eine Differenzierung der Arbeitsentgelte nach Knappheit der angebotenen Leistungen. Es handelt sich hier zwar nicht, wie manchmal behauptet, um Marktversagen, sondern der Markt wird daran gehindert, seine Funktion zu erfüllen. Dies hat zweierlei Gründe:

Zum einen sind die Widerstände gegen Mobilität, die ohnehin oft mit Unbequemlichkeiten, ja sogar mit mancherlei, wenn auch zumeist vorübergehenden Härten verbunden ist, durch unser Rechts- und Sozialsystem sowie durch die dazu ergangene Rechtsprechung erheblich verstärkt worden. Wer arbeitslos ist, kann bei der Annahme von Stellenangeboten recht wählerisch sein. Er kann zumeist seiner nicht geringen Arbeitslosenunterstützung sicher sein, wenn er eine neue Anstellung nicht sucht und entsprechende Angebote ausschlägt, denn die Grenzen dessen, was ihm „zugemutet“ werden kann, sind sehr eng gezo-

gen. Zudem sind die Kosten der Mobilität oft recht hoch. Jemand, der zum Umzug bereit ist, muß möglicherweise sein Haus verkaufen oder eine billige Sozialwohnung aufgeben, seine Kinder müssen sich an Schulen ganz anderer Art gewöhnen, der beschäftigte Ehepartner muß auch eine neue Stellung finden, während sein Erwerbseinkommen aus der neuen Tätigkeit andernorts nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben oft nur wenig höher ist als sein bisheriges Arbeitslosengeld, womöglich noch verbessert durch ein Zubrot aus der „abgabefreien“ Schattenwirtschaft. Mit dem Anreiz zum Erwerb anderer Qualifikationen steht es nicht viel besser.

Zementierte Lohnstruktur

Zum anderen ist die Lohnstruktur durch tarifvertragliche Vereinbarungen weitgehend zementiert. Die durch Steuern und Sozialabgaben noch zusätzlich aufgeblähten Arbeitskosten für Tätigkeiten, die geringe Qualifikation erfordern, sind zu hoch, so daß Unternehmensgründungen etwa in Teilen des Dienstleistungsbereichs, wo ungelernete Arbeitskräfte gefragt wären, unterbleiben. Und dort, wo die hohen Löhne für einfache Arbeiten gezahlt werden können, sind derartige Arbeitsplätze im Laufe der Zeit durch Rationalisierung unter Wettbewerbsdruck knapp geworden. Selbst wenn aber Arbeitslose zu Löhnen arbeiten wollten, die unter den tariflich vereinbarten lägen, wäre ihnen das nach der heutigen Rechtslage meist verwehrt.

Wer Facharbeiter braucht, kann freilich Arbeitslose mit entsprechender Qualifikation oder solche, die sie in kurzer Zeit erwerben können, durch Zuschläge zum Tariflohn anlocken oder auch beschäftigte Facharbeiter abwerben. Die Hürde der geschilderten Mobilitätshemmnisse

und der zusätzlichen Steuer- und Abgabenlasten, die mit solchen Lohnzuschlägen übersprungen werden müßte, ist aber zu hoch, als daß selbst der Markt für Facharbeiten geräumt werden könnte. Hinzu kommt, daß trotz der bescheidenen Auflockerungen durch das Beschäftigungsförderungsgesetz die mit dem Arbeitsplatz- und Kündigungsschutz einschließlich Sozialplanvorschrift nach wie vor verbundenen hohen Risiken, die durchaus ein – wenn auch kaum meßbares – Kostenäquivalent haben, die Unternehmen bei unbefristeten Neueinstellungen zögern lassen, wenn sie sich eines dauerhaft rentablen Mehrabsatzes nicht einigermaßen sicher sein können.

Dies alles auf die einfache Formel zu bringen, die Lohnkosten seien zu hoch und deshalb könne die Arbeitskomponente unseres Produktionspotentials nicht ausgeschöpft werden, ist sicher zu simpel. Gleichwohl, moderate Tariflohnabschlüsse entlasten den Arbeitsmarkt. Doch wie weit müßte die Lohnentwicklung hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleiben und wie stark müßten die Löhne regional und nach Tätigkeiten mit unterschiedlichen Qualifikationen differenziert werden, damit in absehbarer Zeit wieder Vollbeschäftigung erreicht werden kann, wenn sich weder bei Steuern und bei Sozialabgaben noch im individuellen oder kollektiven Arbeitsrecht Entscheidendes ändert? Diese Frage kann wohl niemand exakt beantworten. Es sollte jedoch außer Frage stehen, daß der Weg zu einem wieder hohen Beschäftigungsstand viel leichter wäre, wenn er vom Abbau der Mobilitätsschranken und anderer Hindernisse im Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht flankiert wäre.

Die Aufgeklärten unter den Befürwortern einer aktiveren Konjunkturpolitik, auch unter den Kritikern aus

den USA, räumen dies alles bis zu einem gewissen Grade ein. Sie weisen aber mit Nachdruck darauf hin, daß immerhin in den achtziger Jahren die Lohnsteigerungen bescheidener ausgefallen sind und die Gewinne sich deutlich erhöht haben. Es gäbe deshalb trotz aller Rigiditäten einen, wenn auch vielleicht nicht sehr großen Spielraum für den Anstieg des Sozialprodukts – einen Prozentpunkt oder ein wenig mehr –, der durch Anregung der Nachfrage genutzt werden könnte. Dies läßt sich mit dem, was wir wissen, zwar nicht beweisen, aber auch nicht widerlegen.

Wenige Versäumnisse

Gedrängt, etwas zu tun, wird die Bundesrepublik zwar schon seit geraumer Zeit. Doch viel an Versäumnissen braucht sie sich nicht vorwerfen zu lassen. Die erste bescheidene Stufe der auch insgesamt bescheidenen Steuerreform hat die Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres in die Tat umgesetzt. Zwar schien ein mutigerer Schritt bei Konzipierung der Reform wohl angezeigt. Doch was an konjunkturellen Impulsen dadurch fehlte, wurde durch günstige äußere Umstände wettgemacht. Der drastische Verfall der Erdölpreise und des Dollarkurses ließ Gewinne und Realeinkommen von Arbeitnehmern und Empfängern von Transferleistungen spürbar steigen. Die Investitionen nahmen erheblich zu, während der Export auf hohem Niveau stagnierte. Der Anstieg des privaten Verbrauchs beschleunigte sich kräftig. Wegen der erreichten Stabilisierung des Preisniveaus nahm es die Bundesbank hin, daß die Zentralbankgeldmenge über das selbstgesteckte Ziel hinauschoß, um den sich wieder kräftigenden Aufschwung nicht zu gefährden. Mehr wäre trotz des Dollarverfalls gefährlich, weil es vermutlich erneut Inflationserwartungen schüren würde.

Im kommenden Jahr, wenn die positiven Einmal-Effekte der Terms-of-Trade-Verbesserungen auslaufen, wird sich wahrscheinlich der Aufschwung allmählich abflachen, obwohl vermutlich noch Spielraum für einen etwas größeren Anstieg des realen Sozialprodukts vorhanden ist, zumal in jüngster Zeit die Sachkapazitäten infolge von Erweiterungsinvestitionen etwas mehr gewachsen sein dürften als zuvor. Die wirtschaftspolitischen Instanzen müssen freilich sorgfältig abwägen, ob und gegebenenfalls wann, wie und in welchem Umfang sie diesen Spielraum nutzen sollten. Die Geldpolitik darf gewiß nicht weiter so expansiv bleiben wie bisher, auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Stabilisierung des Preisniveaus den Hang zur Kassenhaltung erhöht hat. Sie braucht das Überschießen der Geldmenge dieses Jahres jedoch auch nicht zu korrigieren, vorausgesetzt, es werden keine Lohnforderungen und Arbeitszeitregelungen durchgesetzt, die die Stückkosten der Produktion derart erhöhen, daß die reichliche Geldversorgung sich mehr in Preis- als in Mengensteigerungen niederschlägt. Aus diesem Grunde und wegen der Unsicherheit über die Entwicklung der Wechselkurse könnte die Deutsche Bundesbank diesmal den Zielkorridor, den sie sich für das nächste Jahr vorgibt, ein wenig nach unten verbreitern.

Steuerreformen

Die Finanzpolitik könnte ohne Gefahr die für den 1. 1. 1988 vorgesehene zweite Stufe der Steuerreform schon Mitte nächsten Jahres rückwirkend zum 1. 1. 1987 in Kraft setzen, wie von den fünf Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose vorgeschlagen wurde. Sie würde damit die nachlassenden Nachfrageimpulse aus dem außenwirtschaftlichen Bereich durch Anregung der

Binnennachfrage kompensieren. Da diese zweite Stufe der Steuerreform stärker angebotsorientiert ist als die erste, würde sie nicht nur den Konsum zur besseren Nutzung des Produktionsspielraums stimulieren, sondern auch einen Anreiz zu mehr Investitionen schaffen, also die Chancen für ein beschleunigtes Wachstum des Produktionspotentials erhöhen.

Dabei dürfte es jedoch nicht bleiben, wenn die Arbeitslosigkeit schneller und dauerhaft abgebaut werden soll. Die angekündigte „echte“ Steuerreform, insbesondere die Einführung eines linearprogressiven Einkommensteuertarifs mit vermindertem marginalen Spitzensteuersatz, sollte so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Dabei sollten die zu erwartenden Steuerauffälle teilweise durch Subventionsabbau und Abschaffung von Steuerprivilegien kompensiert werden. Eine vorübergehende Vergrößerung des Budgetdefizits könnte hingenommen werden und wäre bei sich abschwächender Konjunktur sogar willkommen. Das mit einer solchen Steuerreform angelegte Wachstum des Produktionspotentials würde dann auch längerfristig eine Fortsetzung des inflationsfreien Anstiegs des Sozialprodukts möglich machen.

Doch das alles hat nur dann Aussicht auf den erhofften dauerhaften Erfolg, wenn es gleichzeitig gelingt, den Anstieg der Lohn- und Lohnnebenkosten im Zaum zu halten und die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Durchgreifende Reformen im Arbeits- und Sozialrecht würden den Erfolg einer Steuerreform erheblich vergrößern. Denn neue Arbeitsplätze werden auf Dauer nur dann geschaffen, wenn sie auch durch Mobilisierung des brachliegenden Arbeitspotentials auf rentable Weise besetzt werden können.